



Wir, die Gruppe **Lampedusa in Hamburg**, sind die Opfer des NATO-Krieges 2011 in Libyen. Seit unserer Ankunft in Hamburg zwischen Oktober 2012 und März 2013 hat sich die Situation für viele Mitglieder der Gruppe LAMPEDUSA IN HAMBURG immer noch nicht verändert. Heute, **sechs Jahre später, kämpfen viele von uns immer noch darum, ihr Recht auf Aufenthalt und Arbeit in Hamburg und im ganzen Land zu erhalten.**

Bereits seit dem 20. Juni 2013 hat Lampedusa in Hamburg eine **kollektive Aufenthaltserlaubnis nach § 23 AufenthG** gefordert.

Trotz der Unterstützung von Tausenden von Menschen aus zahlreichen politischen Gruppen, Schüler*innen, Kirchen, Moscheen und vielen anderen, weigerten sich der damalige Erste Bürgermeister **Olaf Scholz und seine SPD**, unsere Forderungen anzuerkennen. Am **2. November 2013** nahmen fast 20.000 Menschen an unserem Protest teil. Nach vielen Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams waren die Hamburger Behörden aber zynisch genug, uns nur die **Duldung** anzubieten. Lampedusa in Hamburg lehnte dieses Angebot ab, weil eine Duldung uns keinen realen Schutz oder dauerhafte soziale Unterstützung bietet und weil wir bereits italienische Papiere hatten.

Vom Winter 2013 bis zum Sommer 2015 kämpften wir weiter für die Anerkennung unserer Mitglieder gemäß dem §23, der uns das **Recht auf Aufenthalt, Arbeit, Erlernen der Sprache und Zugang zu allen Rechten** gegeben hätte, die anderen Geflüchteten und Asylbewerbern zuvor gewährt worden waren.

Am 26. Januar 2015, kurz vor der Bürgerschaftswahl, haben wir die damals oppositionelle Partei der Grünen in einem offenen Brief daran erinnert, ihr Versprechen, eine dauerhafte kollektive Lösung für unsere Mitglieder zu finden, nicht zu verraten. Für uns war dies notwendig, da die lokalen Führer der Grünen uns eine zuverlässige Lösung für unser dauerhaftes Aufenthaltsrecht versprochen hatten, sobald sie Teil der Regierung sein würden. Dennoch haben die Grünen nach ihrem Beitritt zur Regierungskoalition mit der SPD ihr Versprechen nicht gehalten.

Nach diesem Verrat setzte sich unsere permanente Bedrohung durch Kriminalisierung und Abschiebung, institutionelle Diskriminierung und öffentliche rassistische Diffamierung fort. Auch heute noch müssen wir uns diesen Herausforderungen stellen, kämpfen, arbeiten und erziehen unsere Kinder hier in Hamburg.

Gemeinsam mit der **SEEBRÜCKE HAMBURG** unterstützt **LAMPEDUSA IN HAMBURG** die aktuelle Bundesratsinitiative zur Änderung von §23, um die Hamburger Regierung aufzufordern, sich dieser Gesetzesinitiative anzuschließen, und erinnert sie und die Zivilgesellschaft daran, was es bedeutet, in Deutschland ohne Rechtsstatus zu leben.

Sechs Jahre nach Beginn unseres Kampfes wollen **unsere Mitglieder und viele andere afrikanische Geflüchtete**, die unsere Unterstützung suchten und sich uns an unserem Info-Zelt am Hauptbahnhof anschlossen, nicht mehr mit Obdachlosigkeit, Isolation und Rassismus konfrontiert werden. Die Änderung von §23 könnte uns wieder die Chance geben, unsere unbestreitbaren Rechte zu erhalten und Frieden und Stabilität in Deutschland zu finden.